

# Volker Tagblatt

erscheint täglich 5 Uhr früh in eigener Verlagsbuchhandlung (Dr. M. Hempel & Co.),  
Poststraße 20. Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich: Hans Korbelt.

Herausgeber: Redakteur Hugo Dibel.  
Fernsprecher Nr. 58.

Die Zeitungen (Erscheinung am 2. April 1918) sind bei der Verwaltung bestellt zu  
Abonnementspreisen: Einmalig 10 Mark, monatlich 3 Mark, vierteljährlich 10 Mark, halbjährlich 18 Mark, jährlich 34 Mark.  
Bezugsgebühr: Ganzjährig K 36.—, monatlich K 3.—.  
Anzeigenpreis: Eine 3 mm hohe und 4 cm lange Zeile 30 h.  
ein Wort 10 h. in Setzdruck 15 h. Reklamationsfrist, Coderanzeigen  
nach Anzeigen im Text, 60 h für eine 6 malige Preiszeit.  
Einzelpreis 12 Heller.

## Generalstabsberichte.

Wien, 24. April. (R.V.) Amtlich wird verlautbart:  
an der italienischen Front keine größeren Kampfhandlungen.  
Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 24. April. (R.V. — Wolffbüreau.) Aus  
dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet: West-  
licher Kriegsschauplatz: Auf den Schlachtfeldern an der  
Somme und an der Somme blieb die Gefechtsintensität auf  
stille Erkundungen beschränkt. Nordöstlich von Baillencourt  
wurden die Höhen von Wengelsdorf und nahmen  
die Franzosen gefangen. Westlich von Baillencourt nahmen  
englische Angriffe ab. Starke Vorstöße des Feindes nord-  
östlich von Belluque wurden in unseren Vorpostenlinien  
aufgehalten. Vordringende Kämpfe an vielen Stellen  
an der übrigen Front brachten Gefangene ein. — Rittmeister  
v. Ritzhosen ist von der Verfolgung des Gegners  
an der Schlachtfeldern an der Somme nicht zurückge-  
zogen. Nach englischen Berichten ist er gefallen. — Osten:  
Umland: Die unter dem Befehle des Generals Grafen  
von der Goltz stehenden Truppen haben die Eisenbahn-  
stationenpunkte Nijmegen und Nijmegen genommen und  
nachdem sie die Verbindung mit der finnischen Ar-  
mee hergestellt. — Ukraine: An der Front haben die Trup-  
pen des Generals Rysch Sinferopol erreicht. — Der Erste  
Generalquartiermeister v. Lubendorff.

Konstantinopel, 23. April. (R.V. — H.N.)  
Das Hauptquartier teilt mit: Palästinafront: Geringe Ge-  
fechtsintensität.

## Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Englischer Bericht vom 23. April, nachmittags. Eine  
erfolgreiche, von uns in der letzten Nacht nördlich von  
Albert ausgeführte britische Unternehmung hatte das Er-  
gebnis, daß wir unsere Stellungen verbesserten. Wir mach-  
ten 60 Gefangene. Desgleichen machten wir eine Anzahl  
Gefangener im Abschnitt Robecq und in der Nähe von  
Willems. An beiden Stellen finden wir uns günstige  
Kämpfe statt. In der Nähe von Tournai drang eine  
unserer Streifabteilungen in die Gräben des Feindes und  
hielt bis zu seinen Unterstützungslinien durch. Die feind-  
liche Artillerie war gestern nachmittags und während der  
Nacht westlich von Albert und auf dem größeren Teile  
unserer Front südlich von Walbe von Nieupe bis südlich  
von Ypern tätig. Ansammlungen feindlicher Truppen, die  
im Abschnitt von Billers-Brionneaux und in der Nähe  
von Serre beobachtet wurden, wurden von unserer Artillerie  
beschoßen.

Englischer Bericht vom 23. April, abends. Bei den  
heute früh gemeldeten britischen Kämpfen westlich von  
Robecq wurde eine andere kleinere Unternehmung, die den  
Jura hatte, unsere Linie in diesem Abschnitt zu ver-  
bessern, mit vollem Erfolge durchgeführt. Unser Gelände-  
gewinn brachte uns 120 Gefangene und eine Anzahl Ma-  
schinengewehre ein. Ferner verbesserten wir heute früh leicht  
unser Stellung in der Gegend von Meten. Wir brachten  
einige Gefangene ein und erbeuteten der Maschinengewehre.  
Die feindliche Artillerie entfachte heute morgens beträchtliche  
Tätigkeit mit Gasgranaten im Abschnitt von Billers-  
Brionneaux.

Englischer Bericht aus Palästina vom 23. April. Wäh-  
rend des Zeitraumes vom 12. bis zum 17. April wurde  
von den arabischen Streitkräften des Königs von Hebräas  
eine Reihe höchst erfolgreicher Vorstöße gegen die Hebräas-  
bahn ausgeführt. Zwischen dem 11. und 14. d. wurden  
an mehreren Punkten nördlich und südlich von Maan  
Zerstörungen vorgenommen. 200 türkische Gefangene und  
3 Maschinengewehre wurden in der Umgebung der Station  
Maan-Gesam eingeführt. Ein weiterer kleiner Posten wurde  
bei Chabib-el-Dal genommen. Am 14. d. ergab sich die  
feindliche Besatzung der Station Telkham. Ein Offizier  
und 52 Mann wurden zusammen mit einer großen Menge  
Munition und Lebensmitteln eingeführt. Ferner wurden  
währenddessen bis nördlich von Hebräas-Sally Zerstörungen  
ausgeführt und kleine türkische Posten besetzt. Zwischen  
dem 15. und 17. d. wurden die äußeren feindlichen Ver-  
teidigungswerke um Maan erfolgreich angegriffen und 70  
Gefangene gemacht und 2 Maschinengewehre erbeutet. Am  
17. d. erreichten die arabischen Truppen die Station Maan  
abst. Später zogen sie sich zu den Außenwerken zurück,  
da sie noch hatten.

## Drahmachrichten.

### Ein englischer Angriff auf die spanische Küste.

Berlin, 24. April. (R.V.) Das Wolffbüreau meldet:  
an der Nacht vom 22. zum 23. d. wurde ein groß an-  
gelegtes und mit höchst modernem Einfaß geplantes Unter-  
nehmen englischer Seestreitkräfte gegen unsere spanischen  
Stützpunkte durchgeführt. Nach heftiger Beschließung von See  
aus drangen unter dem Schutze eines dichten künstlichen  
Nebels kleine Kreuzer, begleitet von zahlreichem Zerstörer  
und Motorbooten, die Ostküste und Zerstörer bis an  
die Küste vor, in der Absicht, die dortigen  
Hafenanlagen zu zerstören.

solte, nach Auslagen von Gefangenen, eine Abteilung  
von vier Kampfschiffen Seefahrern die Mole von Zeebrücke  
unter Handstreich besetzen und alle auf ihr befindlichen  
Mauschiken, Geschütze und Kriegsgüter, sowie die im  
Hafen liegenden Fahrzeuge vernichten. Nur etwa 40 von  
ihnen haben die Mole betreten. Diese sind teils tot, teils  
lebend in unsere Hände gefallen. Auf einer schmalen hohen  
Mauer der Mole ist von beiden Seiten mit äußerster  
Ehrlichkeit gekämpft worden. Von den am Angriff be-  
teiligten englischen Seestreitkräften wurden die kleinen Kreuz-  
er „Anphigonia“, „Antrepla“, „Syrus“ und zwei andere  
gleicher Bauart, deren Namen unbekannt sind, dicht unter  
der Küste versenkt. Ferner wurden drei Zerstörer und  
eine große Anzahl von Torpedomotorbooten durch unser  
Artilleriefeuer zum Sinken gebracht. Nur einzelne Leute  
der Besatzung konnten von uns gerettet werden. Außer einer  
durch Torpedotreffer verursachten Beschädigung der Mole  
sind unsere Hafenanlagen und Küstenbatterien völlig un-  
versehrt. Von unseren Seestreitkräften erlitt nur ein Torpe-  
doboat eine Beschädigung leichtester Art. Unsere Men-  
schenverluste sind gering. — Der Chef des Admiralstabes  
der Marine.

### Unterseebootskrieg.

Berlin, 23. April. (R.V.) Das Wolffbüreau meldet:  
Eines unserer Unterseeboote versenkte in der vergangenen  
Woche im Sperrgebiet um die Agoren und bei den Kanari-  
schen Inseln 11 Dampfer und 4 Segler, sowie 2 Passa-  
gierdampfer mit zusammen 30.280 Bruttoregistertonnen.  
— Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Der Krieg in den Ostern.

Paris, 23. April. (R.V.) (Amtlich.) Da von Wad-  
posten verdächtige Motorgeräusche in der Richtung auf  
Paris gemeldet worden war, wurde um halb 12 Uhr nachts  
Alarm geschlagen. Keinem Flugzeug gelang es, über die Al-  
listerislinie hinauszukommen und das Gelände von Paris  
zu überfliegen. Um 1 Uhr nachts war der Alarm be-  
endet.

### Das Feindbegünstigen des Rittmeisters v. Ritzhosen.

Paris, 23. April. (R.V.) Der Berichterstatter der  
Agence Havas an der britischen Front telegraphiert über  
das Feindbegünstigen des Rittmeisters v. Ritzhosen: Dem  
Gefallenen wurden militärische Ehren auf das würdevollste  
erwiesen. Ein Pastor versah die gottesdienstlichen Ver-  
richtungen nach anglikanischer Ritus. Sechs Offiziere des  
britischen Infanteriekorps senkten den Sarg ins Grab und  
legten im Namen des Hauptquartiers und einer Brigade  
englischer Fliegergeschwader, darunter eines australischen,  
Kranze mit deutschen Kokarden nieder. Einer dieser Kranze  
trug die Aufschrift: „Dem tapfersten und würdevollsten Feinde.“

### Kriegsminister v. Stein über die militärische Lage.

Berlin, 23. April. (R.V.) Der Hauptausgang des Reichs-  
tages begann heute die Beratung des Heeresrats. Ueber  
Wunsch verschiedener Abgeordneter gab zunächst Kriegs-  
minister v. Stein Auskunft über die Lage an der Fronten.  
Er sagte aus:

Die Welt steht unter dem Eindrucke der großen Er-  
folge im Westen. Die Truppen haben das Höchste geleistet,  
was von Soldaten gefordert werden kann. Die Truppen  
haben mit Begeisterung und aller deutscher Eingabe den  
Angriff aufgenommen. Die Offiziere haben ihre altbewährte  
Treue bis zum Tode auch hier wieder bewiesen. Einzelne  
Truppenteile haben zwei Drittel ihrer Kampfmittel  
verloren. Die Verluste sind durchaus normal, an einzelnen  
Stellen auffallend gering. Die Erfolge im Westen sind  
als ein großer Sieg anzusehen. Der Kriegsminister schil-  
derte sodann die großen Schwierigkeiten des Ostkrieges  
für die schnell vordringende Armee. Die Unterkünste sind  
ganz zerstört. Ostschiffen nicht mehr vorhanden, Wege  
und Straßen sind unpassierbar; dennoch ist es gelungen,  
die Verpflegung sicherzustellen, was erleichtert wurde durch  
die großen Vorräte der Engländer, die in unsere Hände  
fielen. Durch die Kämpfe sind im allgemeinen Linien er-  
reicht, an denen der Feind früher stand. Er fand da wieder  
Stützpunkte, die er sich zunutze machte. Um diese zu über-  
winden, ist die Fortsetzung des Kampfes notwendig, denn  
die Schlacht wird fortgesetzt. Sie ist noch im vollen Gange  
und wir müssen im Vertrauen auf die Oberste Heeres-  
leitung mit Geduld abwarten, welche Erfolge uns be-  
schieden sein werden. In Finnland und in der Ukraine neh-  
men die Operationen ihren geplanten Verlauf. An der  
italienischen und der magyarischen Front ist die Kampf-  
lage unverändert. Beträchtliche Teile werden dort in Schach  
gehalten. An der Kaukasusfront sind unsere türkischen  
Bundesgenossen in die ihnen im Friedensvertrage zuge-  
sprochenen Gebiete eingerückt. In Palästina ist ein eng-  
lischer Vorstoß, der die Verbindung der türkischen Heeres-  
gruppen bedrohte, aufgehalten. Die Engländer sind über  
den Sordankil zurückgeworfen worden. Der Minister  
äußerte sich dann über die Anwendung von Gas und er-  
klärte: Die Verhütung von Gas wurde von den Deutschen  
während des Krieges organisiert und der Gegner folgte  
bald. Jetzt wird unschädliches Gas von uns hergestellt.  
Unsere Verluste durch Gas sind gering. Ueber die deutschen  
Tanks wurde gesagt, werden daß die feindlichen an-  
gegriffen werden und

In der Debatte wünschte der Sozialdemokrat Noske,  
daß die einheitliche Front von der Nordsee bis zum Jönzo  
bei den gegenwärtigen Kämpfen auch praktisch durch ent-  
sprechende Maßnahmen unserer Verbündeten in Erfolge  
trete.

Bezüglich der Einschränkung der Luftangriffe auf be-  
festigte Städte erklärte der Vertreter des Kriegsminister-  
iums: Eine Anregung ist noch nicht von den feindlichen  
Regierungen erfolgt. Ob dieser Schritt nicht getan, könne  
Deutschland eine beratliche Verpflegung einseitig nicht über-  
nehmen.

Abg. Müller-Mehning (Fortgeschrittler) unterstützte die  
Forderung des Abg. Noske, daß nunmehr auch Oesterreich  
an der Südwestfront eingreife.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen verlag.

### Schluss.

Wien, 24. April. (R.V.) Die Militär- und Ver-  
fassungspartei des Herrenhauses hat den Beschluß gefaßt,  
an den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-  
grätz mit dem Ersuchen heranzutreten, im Laufe dieser  
Woche eine Plenarsitzung des Herrenhauses abzuhalten,  
damit sie eine Anfrage an die Regierung stellen könne.  
Der Präsident beantwortete diesen Wunsch damit, daß er  
die Debatte im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht für an-  
gemessen halte. Infolgedessen wird diese Anfrage heute dem  
Ministerpräsidenten überreicht und zugleich der Öffent-  
lichkeit übergeben werden.

Wien, 24. April. (R.V.) Der Präsident des Herren-  
hauses Fürst Alfred Windischgrätz richtete gestern abends  
an den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler das  
schriftliche Ersuchen, seine Enthebung von diesem Amte  
an Allerhöchster Stelle zu erwirken. Als Grund der De-  
mission wird, den Abendblättern zufolge, die zwiespältige  
Auffassung betrachtet, die sich in Angelegenheit der Ab-  
haltung der Herrenhausungen in dieser Woche erge-  
ben hat.

Wien, 24. April. (R.V.) In der gestrigen Sitzung  
des Wehrausschusses antwortete Landesvertheidigungsminister  
v. Gapp auf die seitens einiger Mitglieder des Polen-  
klubs in Angelegenheit der Auflösung des polnischen Hilfs-  
korps an ihn gerichtete Anfragen. Bei Durchführung der  
Auflösung sei der Grundsatz maßgebend gewesen, daß alle  
Angehörigen dieses Korps österreichischer oder ungarischer  
Staatsangehörigkeit ohne Unterschied gleich den Personen  
der bewaffneten Macht behandelt werden. Die ehemaligen  
Angehörigen des Hilfskorps polnischer Staatsangehörig-  
keit werden der polnischen Wehrmacht zur Verfügung ge-  
stellt. Deutsche Reichsangehörige sind über Odenberg nach  
Kattowick zum dortigen deutschen Wehrkommando abge-  
föhrt worden. Der Wehrausschuß legte die Verhandlung  
über die kaiserliche Verordnung, betreffend die Aushebung  
der Landsturmmannschaften fort. Nachdem noch mehrere  
Redner gesprochen, wurde die Debatte geschlossen.

Wien, 24. April. (R.V.) (Finanzausschuß.) Bei der  
Verhandlung der Kohlensteuer reflektierte Minister für  
öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann auf die Ausfüh-  
rungen, die im Laufe der Debatte bezüglich der Kohlen-  
steuer zugewiesenen Fragen vorgebracht wurden und machte  
in Angelegenheit der Einführung eines Kohlenproduktions-  
monopols darauf aufmerksam, daß er vor kurzem den  
Entwurf des sogenannten Kohlengesetzes dem Abgeordnet-  
haus neuerdings vorgelegt habe, durch das das Kohlen-  
monopol tatsächlich eingeführt werden soll.

Wien, 24. April. (R.V.) Durch das Gesetz wird  
die allmächtige Verstaatlichung des Kohlenbergbaues vor-  
bereitet. Was die Erhöhungen der Kohlenpreise betrifft,  
die außerordentlich bedauerlich seien, machte der Minister  
darauf aufmerksam, daß solche Preisserhöhungen in einer  
Zeit, wo die Preise der Betriebsmaterialien und die Ar-  
beitslöhne fortwährend steigen, leider nicht zu umgehen  
seien. Andererseits sei fest, daß solche Kohlenpreiserhö-  
hungen vom Ministerium für öffentliche Arbeiten nur bei  
Erleichterungen der Besteuerungskosten zugelassen werden  
sollen. Der Minister sei weit davon entfernt, die Kohlen-  
versorgung als vollständig befriedigend zu bezeichnen, das müsse  
er aber für sein Ressort in Anspruch nehmen, daß die  
Kohlenwirtschaft auch im abgelaufenen Winter trotz der  
verschiedensten Schwierigkeiten aufrecht erhalten worden ist.  
Die Kohlenversorgung stelle sich viel schlimmer als je  
dar, da der Verkohlung und dem starken Rückgang der  
Einfuhr an Kohle erhöhte Bedürfnisse, insbesondere der  
Eisenbahnen, gegenüberstehen. Der Minister schloß mit der  
Versicherung, daß sein Ressort auch weiterhin an die Inter-  
essen der Bevölkerung voll und ganz denken werde. —  
Abg. Miklos beantragte, die Regierung sei aufzufordern,  
dem Hause mit tunklischer Beschleunigung den Entwurf  
eines Gesetzes vorzulegen, durch das die Einführung eines  
staatlichen Monopols für den Handel mit Kohlen und  
im weiteren Einfluß daran auch für die Erzeugung von  
Kohlen sichergestellt werde. Nach längerer Debatte wird  
der Gesetzentwurf in der Spezialdebatte mit mehreren vom  
Referenten Abg. Kuranda gestellten Abänderungen ange-  
nommen.

### Hagen.

Hagen, 24. April. (R.V.) Wagner-Ludwig  
hatte in der Sitzung des ungarischen Reichstages

Werkle erschien heute bei Seiner Majestät um 11 Uhr vormittags in längerer Audienz, in deren Verlauf der Ministerpräsident Seiner Majestät unter anderem auch auf Auszeichnungen bezüglich Unterbreitungen machte. Dem Ministerpräsidenten wurde seitens des Monarchen ein sehr gnädiger Empfang zuteil. Hierauf wurde Minister a latere Graf Adar Jlag, der Seiner Majestät gleichfalls über laufende Ernennungen und Auszeichnungen Bericht erstattete, in kurzer Audienz empfangen.

**Budapest, 24. April. (RB.)** (Abgeordnetenhaus.) Der Neferent des Finanzausschusses Abg. Edmund Barta unterbreitet den Bericht über das Budgetprovisorium, sowie den Bericht über die Steuerentwürfe. Das Haus beschließt, daß die nächste Sitzung morgen um 10 Uhr vormittags stattfinden soll mit der Tagesordnung: Budgetprovisorium. Hierauf folgen Interpellationen. Abg. Szab (Partei der kleinen Landwirte) interpelliert wegen des bei den Requisitionen befolgten Vorgehens bei den Behörden. Er erklärt, diese Art der Requisitionen gehe zu den schwersten Vergriffen über. Redner fordert, daß die militärischen Requisitionen eingestellt werden. Die Interpellation wird an den Vermögensminister gefeilt. Nachdem die übrigen Interpellanten ihre Interpellationen verlesen hatten, wurde die Sitzung geschlossen.

#### Deutschland.

**Berlin, 23. April. (RB.)** (Wolffsbureau.) Wegen politischer Angriffe gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in dem Artikel „Alteuropäische Sittenreinheit“ in der Nr. 204 der „Deutschen Zeitung“ hat der Reichshofgericht den Strafantrag gestellt.

**Berlin, 23. April. (RB.)** Der Aufenthalt des sächsischen Kronprinzen in Berlin ist, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, auf militärische Gründe zurückzuführen und hat keine politische Bedeutung. Der Plan, Kauen und Sachsen zu verbinden, hat, wie andere Pläne meilen, nicht einmal in Sachsen Gegenliebe gefunden.

#### Rußland.

**Moskau, 23. April. (RB.)** (Wolffsbureau.) Nach Mitteilungen aus Wladivostok ist in der Lage im fernen Osten keine Veränderung eingetreten. Die Japaner beschränken sich auf Patrouillenfahrten in den japanischen Werten. Die Bürgermeister der Sonjets hindern ihre Versuche, in den europäischen Stadtteil einzubringen.

#### Frankreich.

**Lugano, 23. April. (RB.)** Italienischen Blättern zufolge wird aus Paris mitgeteilt: Clemenceau und Franklin Drouillon wünschen mit den Alliierten, betreffend die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen. Derputierter Bourgeois erklärte sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von den Gesandten und Alliierten, welche die Regierung den Kommissionen übermitteln, Kenntnis zu nehmen. Er drohte, als man ihn in die Alliierten nicht Einsticht nehmen ließ, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

#### England.

**London, 23. April. (RB.)** (Reuter.) Carlson veröffentlicht durch die Presse eine scharfe Kritik an der Politik der Regierung, eine Homerule für ganz Irland einzuführen. Carlson erinnert an die Verpfändungen, die nacheinander Asquith, Lloyd George und Bonar Law zu verschiedenen Zeiten gegeben haben, daß kein Versuch gemacht werden könnte und sollte, Ulster unter eine Homerule zu bringen. Er schließt mit den Worten: Was die Moral von der Geschichte ist, will ich nicht sagen.

**London, 23. April. (RB.)** (Reuter.) Anlässlich der Ausnahme der Seeflächen von der Heranziehung durch das neue Militärsteuergesetz hat eine Versammlung der Seeflächen von England und Wales heute einstimmig den Beschluß gefasst, an sämtliche Seeflächen der englischen Rüste in militärpflichtigen Alter einen Aufzug zu richten, sich freiwillig in die Rekrutierungswaffen einzutragen zu lassen. Der Bischof jeder Diözese soll dann entscheiden, wer von den Betreffenden abzumachen sei.

#### Die Neutralen.

**Bern, 24. April. (RB.)** Wie die Schweizerische Delegationenart weiß, hat die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, daß Schweizerische Schiffe, auch wenn sie die Flagge einer mit Deutschland im Kriege befindlichen Nation führen, frei passieren können. Die Schiffe haben die Sperren zu meiden und neben der Flagge ihrer Länder das Schweizerische Wappen auf den Schiffsfelsen und überbies die Schweizerische Flagge in gut sichtbarer Weise zu führen. Die amerikanische Regierung ist mit der Führung der Schweizerischen Flagge neben der amerikanischen auf den mit Schiffe für die Schweiz beladenen Schiffe einverstanden.

#### Neuorientierung der Politik der Deutschen gegenüber Staat und Regierung.

Das „Fremdenblatt“ schreibt:

Erziehungen und Vorkommnisse der letzten Zeit, insbesondere Vorgänge, die mit dem Rücktritt des Grafen Czernin von der Leitung des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang stehen und bei diesem Anlasse in Erscheinung traten, haben in allen Kreisen der deutschen Wählerschaft und bei den Vertretern derselben, den deutschen Ab-

geordneten, begreiflich erscheinende große Versäumnissen hervorgerufen und Bewegungen ausgelöst, die auf eine entschiedene Neuorientierung der deutschen Politik gegenüber Staat und Regierung gerichtet sind. So haben bekanntlich die deutschen nationalen Abgeordneten, die Vertreter der mehrfachen Fortschrittspartei, die Deutsche Arbeiterpartei auf ihren Landesparteitagen in Aussicht (Böhmen), in Troppau (Schlesien), in Salzburg, in Wien usw., die Rätin, zuletzt durch ihre Organisation des deutschen Volksvereines in Klagenfurt, die nationalen Körperlichkeiten von Nord- und Südböden und der deutschabulische „Deutschnationale Verein für Oesterreich“ und eine Reihe dieser Organisation nahestehe Abgeordnete im Einvernehmen und unter voller Zustimmung der Wählerschaft den Forderungen nach einer Neuorientierung der deutschen Politik in Oesterreich entscheidenden Ausdruck gegeben. Bekanntlich ist sogar die Tagung der Deutschen Arbeiterpartei in Aussicht gestellt gegangen, den Austritt der Parteilabgeordneten aus dem Verbande der deutschnationalen Parteien zu fordern. Des weiteren hat Abgeordneter Kraft in der Sitzung der Deutschnationalen Partei und der Deutschnationalen Vereinigung vom 10. d. die Erklärung abgegeben, daß er den Beschluß des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien über das Verhältnis der deutsch-freiwirtschaftlichen Parteien zum Staat für die Deutschnationale Partei als nicht bindend betrachten könne, und er hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß jede einseitige unbegrenzte Bindung weder faktisch noch politisch noch national zu rechtfertigen sei.

Wie aus diesen Rundgeboten, insbesondere der Deutschen Arbeiterpartei und des Abgeordneten Kraft hervorgeht, werden die in der deutschen Wählerschaft und ihren Abgeordneten herrschenden Versäumnissen auch auf die parlamentarische Organisation der deutschnationalen Abgeordneten, auf den Verband der deutschnationalen Parteien ihre Wirkung ausüben. Es wird in dieser Richtung von den deutschen Abgeordneten gefordert, daß wieder von der Gesamtheit der Verbandsmitglieder, also in Plenarsitzungen, von allen Mitgliedern des Verbandes der deutschnationalen Parteien, die politischen Richtlinien gezogen werden sollen, nach denen in voller Übereinstimmung mit dem allgemeinen Volkswillen die deutschen Abgeordneten in entscheidender Vertretung der deutschen Forderungen und in Bekämpfung jeder Regierung, die dieselben nicht anerkennen und würdigen sollte, ihr politisches Verhalten einrichten.

In der kommenden Parlamentstagung werden Verhandlungen und Besprechungen innerhalb der Gruppen des Verbandes der deutschnationalen Parteien stattfinden, um eine den erwähnten Verhältnissen entsprechende Rekonstruktion des Gefüges der Parteien, die einst dem Deutschen Nationalverbande angehörten, herbeizuführen. Diese Beratungen werden naturgemäß auch die Frage der Neuorientierung der Politik der Deutschen in Oesterreich gegenüber Staat und Regierung zu lösen haben.

#### Die deutsch-schweizerischen Wirtschafts-verhandlungen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt:

Die deutschen Forderungen bei den schwebenden Wirtschaftsverhandlungen geben Schweizerischen Blättern Anlaß zu teilweise recht düsteren Betrachtungen. Das ist nur zu verständlich. Denn diese Forderungen, namentlich soweit sie den Kohlenpreis betreffen, greifen tief in unsere Volkswirtschaft ein. Ein ostschweizerisches Blatt hat von einer „Kriegskontribution“ gesprochen, die Deutschland auf diese Weise der Schweiz auferlege. Eine westschweizerische Zeitung setzt ihrer Erörterung den Titel vor: „Das Messer an der Kehle“ und findet, daß die Unabhängigkeit, mit anderen Worten die Existenz der schweizerischen Produktion im Spiele sei. Man mag aus solchen spontanen Gefühlsäußerungen, an deren wörtlicher Zutreffendheit wir nicht herumzögern wollen, auf den Eindruck schließen, den es macht, wenn jetzt ein wichtiges Betriebsmaterial der Produktion abermals gewaltig verteuert wird und damit der allgemeinen Lebenshaltung, unter der viele zu leiden drohen, neuerdings Vorstoß geleistet wird.

Die Kohlenpreise ab Jede, die vor dem Kriege auf etwa 19 Fr. pro Tonne standen, sind im letzten, mit Ende April auslaufenden Abkommen auf 90 Fr. gestiegen. Mit Berücksichtigung der Fracht- und sonstigen Spesen ergibt sich eine Veranschlagung des Erzeugnissespreises für den Konsumenten. Eine weitere Erhöhung, wie sie jetzt verlangt wird, müßte eine Preissteigerung beim Abnehmer herbeiführen, die eine ganz ungeheuerliche Verteuerungsperspektive darstellt. Nun ist gar kein Zweifel, daß die Produktionskosten aller Waren, so auch die der deutschen Kohle sich vermehrt haben. Die Kohlengrube ist ein kompliziertes Bauwerk, dessen Schaffung und Unterhalt durch die Steigerung der Materialpreise und der Arbeitslöhne verteuert wird und wenn dann noch die erhebliche Steigerung der Förderlöhne kommt, wie das jetzt der Fall ist, so ist eine Erhöhung der Gestehungskosten gegeben. Allein es wird auch von deutscher Seite nicht behauptet werden, daß eine Preissteigerung, wie sie jetzt in den Forderungen der deutschen Unternehmer zum Ausdruck kommt, durch die Produktionskosten erhöht werde. Man ist vielmehr darauf gekommen, den „Weltpreis“ als maßgebend zu erklären, wie er sich etwa durch die Vergleichung mit dem Preise ergeben müßte, der auf dem Weltmarkt für englische Kohle erzielt werden muß. Es ist einleuchtend, die Rechnung zeigt für die deutschen Kohlenproduzenten ein bedeutendes Plus über ihre Gestehungskosten, eine Monopolrente, wie sie, dank ihrer Monopolstellung von den Verbrauchern zu erheben möglich

ist. Man kann also wohl sagen, daß in einem so umfangreichen Ausmaß dieser beherrschenden, entscheidenden Macht der deutschen Kohlenindustrie, eine Erhöhung der Konjunktur das ist, was in den Preisforderungen zum Ausdruck kommt.

Dabei muß ein Moment berücksichtigt werden: auf deutscher Seite schon bei den letzten Verhandlungen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat: das Valutakredit. Die Rücksicht auf eine Geldengpässe der Schweiz, die bereits im August letzten Jahres langwierig hat die Forderung eines erheblich erhöhten Kohlenpreises gestellt. Man hat dann aber einen Weg gefunden, um einerseits die Erhöhung in einer nicht mehr zu haltenden und andererseits dem Deutschen Reich vermehrte Valutaforderungen zu verschaffen. Der Ausweg war der Abschluß einer Vorstufungskarte. Die Ordnung hat damals schon Bedenken hervorgerufen; damals hat der Genfer Professor Francois die Vorstufungskarte als eine „Kriegskontribution“ bezeichnet, also ähnlich wie jetzt ein ostschweizerisches Blatt die gegenwärtige Preisforderungen der Deutschen charakterisiert. Wir haben ferner bei Betrachtung des im August 1917 abgeschlossenen Abkommens die Frage geprüft, ob eine noch weitere Erhöhung des Kohlenpreises der Gewährung der Valutakredite vorzuziehen gewesen wäre, und haben gefunden: daß beide Wege für die Volkswirtschaft große Nachteile mit sich bringen, daß aber die Vorstufungskarte unter den obwaltenden Umständen wohl doch noch das kleinere Übel sein könne. Sicher hat sich die Lage für uns infolgedessen geändert, als die Valutakredite unter dem Titel der Geldbehandlung auch von den Ententeländern beanprucht wurden, so daß sie in ihrer Gesamtheit unzweifelhaft eine schwere Gefährdung unserer volkswirtschaftlichen Existenz jetzt und in der künftigen Übergangswirtschaft bilden.

Die Gewährung weiterer Valutakredite zu den bereits bewilligten ist daher ohne Zweifel eine für die Schweiz sehr bedenkliche Sache. Aber auf der anderen Seite bedeutet eine Erhöhung der Kohlenpreise, wie sie von deutscher Seite verlangt wird, einen ungeheuren Druck auf unsere Produktion, wie auf die gesamte Lebenshaltung aller Volksschichten. Man muß befürchten, daß es endlich eine Grenze geben in der Möglichkeit, die Verteuerung der Herstellung von Erzeugnissen aller Art durch weitere Preissteigerungen herinzuholen, zumal wenn die Verteuerung eines notwendigen Betriebsmaterials in so enormer Proportion wie sie die Verdoppelung darstellen würde, erfolgen sollte. Vor wenig Wochen hat der Präsident des Verwaltungsrates der Kohlenzentrale A.-G. in Basel erklärt, daß eine weitere Preissteigerung der Kohle für die Schweiz absolut unannehmbar sei, und daß schon der Preisstand des letzten Abkommens für die künftige Konkurrenzfähigkeit unserer Konsumindustrie auf dem Weltmarkt große Bedenken wecke. Die Folgen einer weiteren starken Erhöhung sind daher nicht auszudenken. Nicht alle Industrien verarbeiten die Kohle in gleichem Procentsatz in ihren Erzeugnissen; es wird auf den prozentualen Anteil der Kohle an dem Gesamtprodukt ankommen, ob die Industrie die Verteuerung noch ertragen können oder nicht. Daß dies z. B. bei einer Industrie unannehmbar ist, da wie die Papierindustrie zur Herstellung eines Kilogramms Papier eines Kilogramms Kohle bedarf, leuchtet ein. Es wäre daher nicht auszudenken, welche Krisis hier durch eine starke Erhöhung des Kohlenpreises eintreten müßte, zumal Deutschland die Durchfuhr des Salzfabrikates, der Papierindustrie, der Zellulose, aus Schweden in einem verhindert, die in der Schweiz sehr unangenehm empfunden wird.

Welche andere Industrien und Gewerbe durch Kohlenpreiserhöhung in ähnlich prekäre Lage kommen können, wir im Moment nicht feststellen. Sicher werden noch manche andere schwer leiden. Eines ist aber allem klar: Die allgemeine Lebenshaltung in der Schweiz wird abermals verteuert und damit verschlechtert werden. Wenn die Schweiz zugestimmt, daß im neuen Abkommen für den Fall, daß ein Valutakredit nicht mehr zu gewähren ist, die Kohlenpreise einige Erhöhung erfahren dürfen, so bekundet sie die Absicht, das neue Abkommen für Deutschland nicht ungünstiger werden zu lassen als das letzte, und dies in einem Momente, wo für sie selbst vermehrte Ersparnisse aus dem neuen Abkommen zu fließen. Das sollte für den Kontrahenten, der im Momente die Gunst der Wirtschaftslage für sich haben mag, stimmend sein, die Forderungen einem Lande gegenüber nicht zu überbieten, das seit dem Kriege loyal das geteilt hat, was es nach Maßgabe der wirtschaftlichen Neutralität und gemäß der Kraft seiner eigenen Volkswirtschaft gewähren konnte.

#### Die deutschen Bauernkolonien in der Ukraine

Der Kriegsberichterstatter Fritz Wertheimer schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus Odessa:

Am 9. und 10. April fand hier ein Delegiertenkongreß des Verbandes der deutschen Kolonisten in der Ukraine statt. Dieser Verband ist der erste der deutschen Verbände, die sich nach dem Sturze des zaristischen Regimes unter Ausnutzung der neuen Preß-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit zur nationalen Vertretung der Deutschen zusammenzuschließen und sich in einer Pettenburger Zentrale eine Spitze schufen. Der Ukraineerbezug wurde im April 1917 von etwa dreißig deutschen Kolonisten in Odessa vorbereitet. Im Mai fand ein allgemeiner Kongreß statt, an dem sich 3000 Personen beteiligten und der Sitzungen und Organisation führt im August tagte ein zweiter Kongreß. Auf dem Aprilkongreß waren jetzt auch trotz der Verkehrserschwerungen:

und der gefälligen Zeiten 700 Delegierte vertreten, und an der förmlichen Eröffnungssitzung in der protestantischen und älteren nahmen über 2000 Personen teil. In erster Linie war der Obdessa Landkreis, in dem deutsche Bauern zu über 60 Prozent des gesamten Bobens besitzen, vertreten, aber auch aus fernem Odessa, namentlich Bessarabien, waren deutsche Bauern erschienen, während die untere Hälfte des Bobens in deutscher Hand sind, wo über 80 Prozent der dortigen Bevölkerung ermächtigt. Vorster Winter über seine eigene Reise nach Deutschland, Herr Schmid machte zum Studium der Lage der kriegsgefangenen deutschen Kolonistensohne. In der engeren Vertreterversammlung sprach man jedoch ausführlich dringende politische Gegenwartsfragen. Die hierbei zutage tretende Stimmung wird auch in Deutschland berechtigtes Interesse erregen, handelt es sich doch im Kreise Odessa allein um fast 200.000 deutsche Seelen. Die Zentralratia hat in der „Kiewskaja Wjst“ am 20. März ein Gesetz über das Bürgerrecht erlassen, wonach jeder Bürger der Ukraine sein kann, der in ihr geboren ist und ständig da gewohnt hat, sowie innerhalb dreier Monate eine Erklärung an zu bestimmten Umständen über seine Ergebnisse zur ukrainischen Republik abgibt. Wer das nicht will, muß seine Staatsangehörigkeit angeben und erhält dann eine Aufenthaltsgescheinigung für drei Monate. Wer nicht innerhalb drei Jahre in der Ukraine gelebt hat, muß seine alte Verbindung mit der Ukraine nachweisen. Diese wichtige Bürgerrechtssache beschäftigte den Kongress. Allgemein trat eine tiefe Unzufriedenheit gegen die ukrainische Regierung zutage, solange sie auf der Sozialisierung des gesamten Grundbesitzes und Bobens besteht. Der deutsche Bauer hängt an seinem Eigentum und an seiner Scholle, ebenso übrigens, so wurde betont, wie auch der kleinrussische Bauer, der nur in seiner Unbildung noch nicht begreifen habe, daß die Unterwerfung nicht nur den Grundgrundbesitz, sondern überhaupt alles Landbesitz enteignet. Von manchen Seiten wurde bemerkt, man möchte abwarten, die Ukraine könne ja gar nicht sozialistisch werden, der Befehl werde vielmehr zurückgenommen, andere Nationalitäten hätten ja auch noch keine Stellung zur Bürgerrechtssache genommen, die Ukraine könne ohne fremde Elemente ja gar nicht auskommen und sei gezwungen, sich mit fremden Nationen gut zu stellen, wenn aber die Möglichkeit künftigen geschlossenen Eigenbesitzes besteht, so wolle man doch nicht die erste Stelle verlassen. Die Mehrheit der Versammlung bekannte jedoch ganz andere Auffassungen. Sie verwiesen auf den stark deutschen Charakter des Landes. Im Landkreis Odessa machen die Deutschen über 40 Prozent der Bevölkerung aus; in Bessarabien, in der Krain, im Sekaterinoslawien, überall seien sie stark, gesund, sehr über hundert Jahren kernig deutsch. Wenn sie aber schon hier nicht deutsch werden könnten, wollten sie in ihrer Mehrheit geschlossen abwandern, selbst wenn die Ukraine sich bürgerlich mausern würde. Denn es werde nach dem Kriege erst recht der Haß gegen das Deutschtum in Groß- und in Kleinrussland aufblühen, namentlich bei dem verhehten und brutalen russischen Bauernstand. Im übrigen glaubt von den deutschen Kolonisten kaum einer an den Bestand der ukrainischen Ukraine, und in ihrer Stimmung gegen die Republik sind sie stark beeinflusst durch die Tatsache, daß der gegenwärtige Sozialismus der Ukraine, eine Diktatur gegen die deutschen Kolonisten geschaffen hat, in der er ihnen vorwarf, sie hätten mit Hilfe deutscher Banken ihr Land gekauft, sie besäßen doppelte Untertanenschaft, in Deutschland und Rußland, und seien Spione. In der Delegiertenversammlung traten auch führende Männer des polnischen Landes in dieser Bewegung die Auffassung, die deutschen Bauern müßten zurückwandern, weil sie zwar die besten wirtschaftlichen Wirtschaften, stattdessen die schlechtesten, aber kein Kulturideal mehr hätten. Dem könne sie Heimat wieder zuführen. Und so beschloß die Versammlung einstimmig, vor der Leistung des Untertaneneides an die Ukraine einstweilen abzusehen, einen Vertrauensauschuss einzusetzen, der die Frage klären und gleichzeitig alle Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gut der Kolonisten während der jetzigen Anarchie im Lande treffen. Am Schluß an diese Versammlung darf übrigens hervorgehoben werden, daß es dem Deutschtum in der Ukraine doch nicht so schlecht geht, wie es nach dem russischen Gesetze scheinen mochte. Das Gesetz vom 15. Februar 1915 sprach zunächst nur die Enteignung des Großgrundbesitzes aus und berührte die Kolonien überhaupt nicht, das Gesetz vom 28. Dezember 1915 ordnete die Koloniensteuern an. Verfügen von 1916 und ein weiteres Gesetz vom 19. Februar blieben infolge des Untertaneneides unwirksam. Man konnte eben die Wirtschaften zerstören, wobei ihre Pferde und Wagen zur Mobilmachung, doch ihre Produkte zur Heeresernährung. So finden die deutschen Truppen ihre wackeren Landsleute hier zwar vertrieben und vielfach beraubt, aber doch gesund und immer noch wirtschaftskraftig vor.

## Frankreich in Marokko.

System der französischen Kolonialpolitik ist hin-  
bekannt. Es zielt in wirtschaftlicher Beziehung  
einen möglichst engen Anschluß des überseeischen Be-  
zuges an das Mutterland hin und besetzt dabei die mittel-  
alterlichen Methoden der zuerkünftlichen Auffassung eines

Colbert. Die Kolonien werden durch Differenzialzölle zugunsten des Mutterlandes gewungen, einheimische französische Produkte zu höheren Preisen als den auf dem Weltmarkt geltenden auszuweisen, während ihre Erzeugnisse in Frankreich denen des übrigen Auslandes in der Kolonialhandlung gleichgestellt sind. Treffend hat der deutsche Staatssekretär des Reichskolonialamtes dieses Verfahren als „Schmarothertum an der niederen Klasse“ gekennzeichnet. Auch dort, wo die Republik noch nicht die überseeischen Gebiete ihrer politischen Oberhoheit vollkommen unterstellen konnte, versuchte sie, dieses egoistische Verfahren durchzuführen. Die Marokko-Deutschen, Kaufleute sowohl als auch Unternehmer, haben das vor dem Kriege zur Gänze kennen gelernt.

Während des Krieges macht sich das Bestreben Frankreichs, den größtmöglichen Nutzen aus seinen überseeischen Besitzungen zu ziehen, in verächtlicher Weise bemerkbar. Am auffallendsten ist die Behandlung, die es seinem „Schutzbegabten“ Marokko angedeihen läßt, wo die Ausfuhr der Eingeborenen ein besonders hohes Maß erreicht hat. In die Welt hinaus posant Frankreich allerdings, daß es eine hohe Kulturmission in Marokko erfüllen, in zahllosen Ateliers verbreitet das Propagandabureau des Generalkonsulats in Rabat, jenes durch die Marokkagewalt traurig berühmten Generals, das es täglich und stündlich an dem Wohl der Marokkaner arbeite und seine besorgende Tätigkeit nichts anderes als Vertretung von Gerechtigkeit, Kultur und wirtschaftlichem Wohlstand bedeute. Aber Frankreich straft sich selber Lügen. Hinter den nüchternen Ziffern des Josen bekannt gemordenen Handelsausweises der letzten Jahre verbirgt sich die Wahrheit. Danach hat Frankreich es verstanden, im Laufe der drei ersten Kriegsjahre zum eigenen Vorteil den Export — die Ausfuhr nach anderen Ländern als der Republik wurde verboten — von 35.000 auf 223.000 Tonnen, und zwar vorwiegend Getreide, zu steigern. Diese Steigerung, die auch in Neuländern wirtschaftlicher Möglichkeiten einzig dastehen dürfte, bedeutet nichts anderes, als rückständigste Ausbeutung, denn sie konnte nur auf Kosten des einheimischen Bedarfs durchgeführt werden. Tatsächlich herrscht gegenwärtig in Marokko eine Ernährungsnot, die um so bedrohlicher Formen angenommen hat, als die Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die die Ententestaaten noch abgeben können, infolge der Schiffsraumnot praktisch auf Null reduziert worden ist. In einigen Bezirken leiden die Eingeborenen garabau Hunger.

Die Verdrängung der Handelsbewegung ihrem Werte nach läßt weiter bezeichnende Schlüsse auf Frankreichs Kolonialpolitik und Eingeborenenfürsorge zu. Danach hat sich der Wert der Exporte 1913—16 von 31 auf 68 Millionen Francs gesteigert, und es ergibt sich also ein auffallendes Mißverhältnis zwischen der Steigerung der Exporte der Menge nach, die sich ungefähr verdreifachete, und dem Werte nach, der sich dagegen nur wenig mehr als verdoppelte. Die Erklärung dieser Erscheinung liegt in der Tatsache, daß die französischen Intendanturen für den Export der Waren statt der Weltmarktpreise nur ganz bedeutend geringere Übernahmepreise bewilligen. Darin liegt — und das hat selbst die französische marokkanische Presse zugestanden — eine bewußte Auspomerung der Eingeborenen, die um den wahren Erfolg ihrer Arbeit gebracht werden. Der Mißstand tritt um so schärfer aus, wenn man Menge und Wert der Einfuhr vergleicht. Die Menge ging von 1913 auf 1916 auf die Hälfte zurück, der Wert dagegen stieg erheblich. So ist der marokkanische Eingeborene gezwungen, die französischen Produkte mit dem doppelten als dem normalen Preise zu bezahlen, also einer Verwertung Rechnung zu tragen, die in diesem Ausmaß durch die auch in anderen Ländern bekannten wirtschaftlichen Rückschlägen des Krieges auf die Industrie ausdehnende Erklärung nicht findet. Die marokkanische Handelsstatistik ist somit ein vielzählendes Dokument der „Kulturmission“, die Frankreich in Marokko zu erfüllen beabsichtigt.

### **Verſchiedene Nachrichten.**

Offizielle Ehrenplakette für gefallene Krieger. Durch das unter dem Allerhöchsten Ehrenpatent des Kaisers stehende Komitee für die Kriegsgräberfürsorge in Oesterreich gelangt ein Relief von der Künstlerhand des Bildhauers Alexander Sarras in vollendetem Guß zur Ausgabe, ein Werk, das durch seinen prächtigen Grundgedanken und seine edle Schönheit den Angehörigen gefallener Krieger ein wertvolles Erinnerungszeichen bilden soll. Das Relief zeigt einen gemalten jungen Krieger, der mit abgenommenem Visier, das Haupt mit Lorbeer bekränzt, das Schwert in gefalteten Händen, auf einem architektonisch vornehm in gefalteten Sockel ruht, dessen Fläche, von schmuckem Lorbeergerände umrahmt, Namen und Todesstag des Gefallenen zeigt. Darunter steht in den für die Plakette allgerühmtest gewidmeten Schriftzügen des Kaisers: „Ehre ihrem Andenken — Karl“. Dieses Faktum macht die Plakette zu einem besonders schätzenswerten Ehrenzeichen, da es den schönen Gedanken des Maroden, von ihm selbst zum Ausdruck gebracht, wiederergibt. Die Plakette misst 11 zu 14 Zentimeter und ist auf eine Marmorplatte montiert. Bestellungen von Familienangehörigen, die den Verlust eines nahen Verwandten im Felde nachzuweisen können, werden vom Komitee für die Kriegsgräberfürsorge in Oesterreich (Abteilung Ehrenplakette), Wien, 9. Bez., Canisiusgasse 10 (Telephon Nr. 23116 und Nr. 21820) entgegen genommen. Der Teilnehmertrag fließt dem vom Kriegsministerium verwalteten Fonds zur Erhaltung der Kriegsgräber zu.

**Wom Page.**

**Fliegergeschutzmaßnahmen.** Auf Grund der neuerlichen Überprüfung der bei Fliegeralarm als Schutzobjekte dienenden Privatobjekte und des Beschlusses der kommunikativen Beiratskommission vom 20. April d. J. nachstehende — da sie nicht genügend Sicherheit gegen Fliegerbomben bieten — aufzulösen, und zwar: 1. Via del Ponte, Haus Schabel, 2. Sophie-Hohenberg-Allee 3, 3. Via Gloria 5, 4. Via della Specula 7-8, 5. Via Fondaco, Dreher, 6. Via Slovagnata 5, 7. Via Slovagnata 9, 8. Via Slovagnata 11, 9. Franz Josef 10, 10. Via Rambler 32, 11. Via Tartini 27, 12. Veterani 1, 13. Via Veterani 3, 14. Spitalstraße 5, 15. Talstraße 9, 16. Via Verubella 24, 17. Via W. Haus Trapp, 18. Via Vignano 34 und 19. Frauenkranienkasse in Via Campomargio. — Die für Schutzobjekte ausgegebenen Legitimationen verlieren mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit und werden die hiesigen Betroffenen soweit als tunlich in den ihrem Wohnorte nächstgelegenen Aufsuchtsstellen untergebracht. Es sind daher die unguiltigen Legitimationen bei der Polizeibehörde (Sicherheitssektion) täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags abzugeben, wo auch die neuen Legitimationen angefordert werden können. Der k. k. Festungskommissär: Hofdruck m. p.

Anlässlich des Allerhöchsten Namens-  
Geburtsfestes Ihrer Majestät der Kaiserin w.  
in Erinnerung gebracht, daß die h. A. Anordnung Nr. 1  
vom 24. April 1917, bzw. Allg. 48/13 vom 4. Mai 1917,  
treffend die Abhaltung des Festgottesdienstes, Befragung des  
litter. Gebäude und Teilnahme der Schulschüler an der Fest-  
dienst, auch für das heurige Jahr zu gelten hat.

Politeama Ciscutti. Heute, Donnerslag, wird  
Eröffnung von Leo Falls Operette „Der fidele Bauer“.  
Morgen, Freitag, wird diese Vorstellung wiederholt. Am Samstag  
folgt auf vielseitiges Verlangen Franz Schörs dreitägige Oper  
„Eva“.

Deutsche in Pola kommt zum Vortrag des t. k. k. vereideten Professors Dr. Johann Nide, welcher heute, Donnerstag, um 7 Uhr abends in der Domkirche über „Fremde Sünde“ (S. 1) predigt.

Marinecasino. Die 48. ordentliche Hauptversammlung des Marinecasinovereines findet am 26. April 1. Z. um 8 Uhr nachmittags im großen Saale des Marinecasinos statt.

Wer weiß etwas? Jedermann, der über den Aufenthalt des 13jährigen Johann Gaccai, welcher seit seiner Entlassung aus der Anstaltschulungsstätte am 4. März 1860s verstorben ist, etwas weiß, wird gebeten, dem Vater Johann Gaccai, Diebstahl Nr. 223, davon Mitteilung zu machen, geschehenfalls der Polizei zu übergeben, damit er nach Pola befördert werden kann. Der junge Mann trägt einen dunklen Anzug und eine Kappe und spricht italienisch und deutsch.

Eine interessante Neuheit versendet die  
Leonhard Lewin, Wien, 1. Bez., Wollzeile 29. Man wende  
sich mit Postkarte an die genannte Firma, worauf Zusendung  
und franko erfolgt.

Sitzverkauf. Im Falle des Einlangens von Sichern werden diese heute nachmittags zum Verlaufe gelangen. Bezugsrechtigt sind heute die Lebensmittelkarten von Nr. 5001 an.

Hafenadmiralats-Tagesbefehl Nr. 11;  
Garnisoninspektion: Hauptmann Hertl.  
Verteilige Inspektion: Auf S. M. S. „Bellona“ Marine-  
arzt Dr. R. Dr. Weiser; in der Maschinenschule (Spital) Regent-  
arzt Dr. Stöck.

Verdauungsfördernd,  
schlimmlegend,  
schmerzstillend.

**MATTON'S**  
**GISSHÜBLER**  
REIN NATÜRLICHER ALKALISCHER  
SAUERBRUNN

Ungestillten Durstes gibt die „Feuchte Ecke“ im Hotel „Imperial“ die traurige Nachricht, daß ihr trinkfester Name höherer Temperenzlerwut zum Opfer fiel.

Ihr neuer Name wird nächstens unter Tantalusqualen frisch gewählt, Zutritt haben bewährte Saharareisende und Durstapostel.

Noch „Feuchte Ecke“.

## Literarisches.

**Polen.** Ein Novellenbuch. — Geschichten aus Polen. Von Maria Konopnicka. Selbe im Verlage Georg Witt: München.

Das Bekanntwerden der modernen polnischen Literatur im deutschen Volke ist eine Frucht des Weltkriegs unter den wenigen, die gut geworden sind, wohl eine der erfreulichsten. Was uns bis dahin auf diesem Gebiete gängig war, erschöpfte sich in dem einzigen Namen: Skamlecki; alles Uebrige — und die polnische Moderne hat Werke von überragender Bedeutung zu verzeichnen — war uns ein Buch mit sieben Siegeln. Jetzt, da die politischen Ereignisse der letzten Jahre das Interesse des deutschen Volkes der polnischen Literatur nahegebracht haben und viele Werke in guten Uebersetzungen bereits vorliegen, sehen wir mit Staunen, wie Rothbares wir in dieser Seite empfangen und wie nahe oft das Sonett liegt, ohne daß es Beachtung fände. — Unter den Herausgebern, die sich um die Herausgabe würdiger Uebersetzungen aus dem Polnischen verdient gemacht haben,

